



Dr. Christian Rath ist rechts-  
politischer Korrespondent u.a.  
der taz.

# Resilienz gegen Terror

Eine widerstandsfähige Gesellschaft, die nach einem Anschlag schnell wieder zum normalen Leben zurückkehren kann, wird sich ihre Liberalität leichter bewahren.

Resilienz ist ein Begriff aus der Materialforschung. Er beschreibt die Fähigkeit eines Stoffes, nach einer elastischen Verformung in den Ausgangszustand zurückzukehren. In der Psychologie ist Resilienz die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen. Resilienz wird aber immer mehr auch zu einem Begriff der zivilen Sicherheit. Hier bezeichnet Resilienz die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft – ihre Fähigkeit, nach einem schweren Schadensereignis wieder zum normalen Leben zurückzukehren. Das können Naturkatastrophen sein, aber auch Terroranschläge. Es gibt Anschläge, die mit Mordlust und Skrupellosigkeit einfach nur schockieren wollen. Aber es drohen auch Angriffe, die darauf zielen, Gesellschaft und Staat zumindest teilweise lahmzulegen. Deshalb müssen „kritische Infrastrukturen“ besonders geschützt werden. Die Versorgung mit Strom, Wasser, Öl und Gas sind vital für eine Gesellschaft, natürlich auch das Internet, die Transportwege, Medien, Krankenhäuser, das Finanzwesen. All dies sind zentrale Lebensadern und Organe einer komplexen Gesellschaft. Dabei geht es nicht nur um die Verhinderung von Anschlägen – kann man die Wasserversorgung überhaupt umfassend schützen? –, sondern auch darum, die Auswirkung eines Anschlages so gering wie möglich zu halten. Das jeweilige System muss so schnell wie möglich wieder leistungsfähig werden. Dezentrale Strukturen sind dabei weniger anfällig als Großanlagen. Beim Schutz kritischer Infrastrukturen ist Resilienz als Konzept inzwischen EU-weit anerkannt.

Neben der Infrastruktur und der Technik geht es aber auch um Fähigkeiten der Menschen. Bei Anschlägen auf Infrastrukturen hat es die Bevölkerung leichter, wenn sie improvisieren kann, wenn sie die Dinge selbst in die Hand nimmt, statt nur auf Anweisungen zu warten. Gesellschaftliche Resilienz ist vielleicht auch eine Frage der Bildungspolitik: Wer selbstständig denken und Lösungen finden kann, wer Probleme als Herausforderung sieht, wer kooperiert und gemeinsam nach Lösungen sucht, bekommt ein getroffenes Land schneller wieder flott, als diejenigen, die nur das Böse verdammen und nach Vergeltung rufen.

Generell gilt: Je weniger die Menschen durch Anschläge aus der Bahn geworfen werden, desto weniger anfällig ist eine Gesellschaft. Es ist eine Frage des sozialen Optimismus. Wenn eine Gesellschaft das Selbstvertrauen hat, dass sie durch Anschläge nicht ihr Gleichgewicht verliert oder dieses zumindest bald wiedergewinnt, dann ist sie auch stabiler und robuster. Umgekehrt: Wer eh schon wackelt, ist auch leichter zu erschüttern. Anschläge werden auch dadurch zum Terror, dass sie Schrecken und Hilflosigkeit verursachen können.

Prävention gegen Terroranschläge ist wichtig. Aber zu viel Prävention, zu viel Misstrauen, zu viel Überwachung können eine freie Gesellschaft ersticken, warnen Liberale schon lange. Resilienz ist dagegen ein Konzept, das es erlaubt, sich bei der Terrorprävention auf das Notwendige und Verhältnismäßige zu konzentrieren. Wenn die Gesellschaft weniger Angst vor Anschlägen hat, ist sie auch weniger anfällig für Kontrollzesse und anlasslose Massenüberwachung. Eine Bevölkerung, die selbstbewusst auf die eigene Fähigkeit zur Resilienz vertraut, muss nicht in panischer Sorge auf einen drohenden Angriff starren. Die überschießende Symbolik, mit der nach einem Anschlag versprochen wird, der Staat werde „alles“ tun, damit so etwas nie wieder passiert, rührt aus einer unrealistischen Überbetonung der Prävention. Eine Gesellschaft sollte sich eher versprechen und zutrauen, dass sie sich nicht klein kriegen lässt, dass sie ihre Stärken bewahrt und nutzt, gerade in Zeiten der Erschütterung.

Resilienz kann die Terrorprävention aber auch nicht ersetzen. Internet- und Stromversorgung lassen sich wiederherstellen, Menschenleben nicht. Die präventive Überwachung von Gefährdern muss sein. Auch damit muss eine selbstbewusste demokratische Gesellschaft leben, statt sich in fatalistischer Sorge vor einem vermeintlichen Überwachungsstaat unnötig selbst einzuschüchtern.